



Flossbach von Storch
RESEARCH INSTITUTE

WIRTSCHAFT & POLITIK 03/06/2026

Was die Schweiz wirtschaftspolitisch erfolgreicher als Deutschland macht¹

von CHRISTOPH SCHALTEGGER* und GUNTHER SCHNABL

Zusammenfassung

Für die Schweiz geht es aufwärts, für Deutschland bergab. Während in Deutschland die Industrieproduktion seit 2019 sinkt, steigt sie in der Schweiz weiter an. Das liegt u.a. an mehr Fiskaldisziplin und einer stabilitätsorientierteren Währungspolitik. Die Regulierung und die Belastung mit Sozialausgaben sind in der Schweiz geringer.

Abstract

Things are looking up for Switzerland, but down for Germany. Whilst industrial production in Germany has been falling since 2019, it continues to rise in Switzerland. This is due, among other things, to greater fiscal discipline and a more stability-oriented monetary policy. Regulation and the burden of social spending are lower in Switzerland.

* Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik und Universität Luzern

¹ Wir danken Lukas Mair und Tom Bugdalle für die ausgezeichnete Unterstützung.



1. Einleitung

Die globalen Herausforderungen für Europa wachsen. Russland schafft mit seinem Krieg gegen die Ukraine für Europa hohe finanzielle Lasten. Der disruptive US-Präsident Donald Trump hat die Welt mit Zöllen überzogen und treibt mit dem Krieg gegen den Iran die Öl- und Gaspreise nach oben. China fällt zunehmend als Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft aus und bedroht die europäische Industrie mit Exportsubventionen. Für offene Volkswirtschaften in Europa stellt sich damit verstärkt die Frage, welche institutionellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ihre Widerstandsfähigkeit stärken.

Vor diesem Hintergrund ist der Vergleich zwischen Deutschland und der Schweiz besonders aufschlussreich. Beide Länder sind hoch entwickelte, exportorientierte Volkswirtschaften mit starker industrieller Basis. Dennoch ergeht es der Schweiz deutlich besser als Deutschland. Das zeigt beispielsweise ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. In der Schweiz liegt es mit derzeit 81.710 Franken (90.240 Euro) weit über Deutschland mit 43.740 Franken (48.350 Euro). Dieser große Unterschied relativiert sich, sobald man die Kaufkraft berücksichtigt: Schweizer Preise liegen fast 50 Prozent über dem deutschen Niveau. Kaufkraftbereinigt liegt der Vorsprung der Schweiz jedoch immer noch bei rund 25 Prozent.

Ähnliches zeigt sich bei den Löhnen. Der Schweizer Medianlohn von 7.024 CHF brutto liegt nominal rund 80 Prozent über dem deutschen Wert von etwa 3.900 €, real bleiben nach Abzug der höheren Lebenshaltungskosten allerdings noch rund 20 Prozent mehr Kaufkraft übrig. Die Schweizer arbeiten deutlich mehr — 42,5 Stunden pro Woche gegenüber rund 40 Stunden in Deutschland. Einen Teil ihres höheren Nominallohns „erwirtschaften“ sie sich also mit längerer Arbeitszeit und weniger Freizeit.

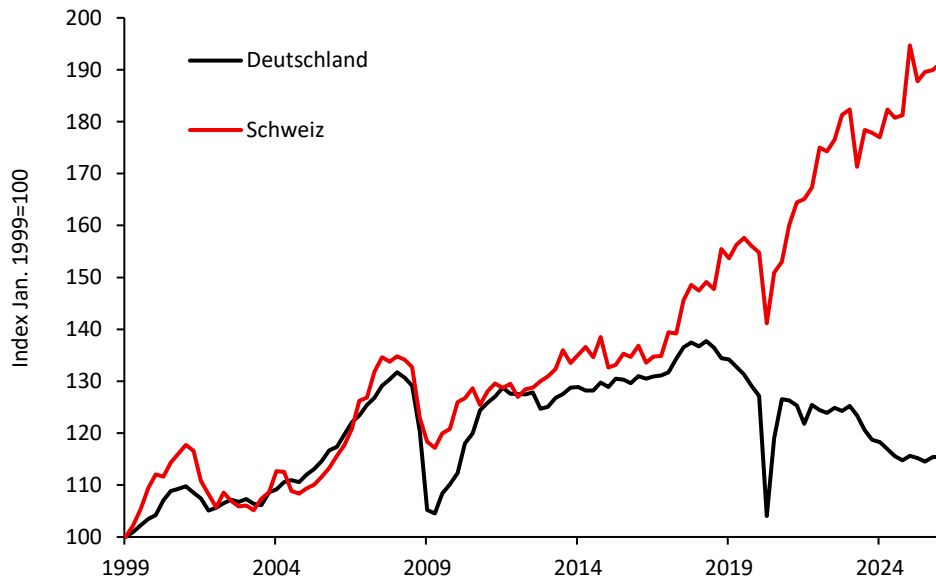
Das Wachstum der Wirtschaft hat sich in beiden Ländern verlangsamt, doch seit der Jahrtausendwende war es in der Schweiz mit 1,8 Prozent im Durchschnitt höher als in Deutschland mit 1,1 Prozent. Beim Wirtschaftswachstum zeigt sich allerdings ein interessantes Paradox: Rechnet man das Bevölkerungswachstum — vor allem durch Zuwanderung in die Schweiz — heraus, sind beide Länder beim Wachstum des BIP pro Kopf ähnlich.

Bei breiteren Wohlstands- und Standortindikatoren schneidet die Schweiz dennoch besser ab: Die Lebenserwartung ist höher, die Schweiz liegt im Human Development Index leicht vor Deutschland, die Arbeitslosenquote ist niedriger und die Steuer- und Abgabenbelastung für Arbeitnehmer fällt geringer aus. Deutschland verteilt über sein Sozialsystem stärker um. Der Preis dafür sind höhere Abgaben und Steuern und eine dadurch stärkere fiskalische Belastung des Faktors Arbeit. Schließlich sind die Vermögen in der Schweiz deutlich höher, aber auch ungleicher verteilt als in Deutschland. Während sich die Industrieproduktion beider Länder lange Zeit parallel entwickelt hat, haben sich spätestens seit 2019 die Wege



getrennt (Abb. 1). In Deutschland ist die Industrieproduktion seither spürbar zurückgegangen. In der Schweiz konnte sie weiter zulegen. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, weil beide Volkswirtschaften stark in europäische und globale Wertschöpfungsketten eingebunden sind, eine hohe Exportorientierung aufweisen und ähnlichen externen Schocks ausgesetzt waren.

Abb. 1: Industrieproduktion



Quelle: Oxford Economics.

Warum gelingt es der Schweiz offenbar besser als Deutschland, industrielle Wertschöpfung unter erschwerten globalen Bedingungen zu behaupten? Und in welchem Ausmaß ist dieser Unterschied auf makroökonomische Faktoren wie unterschiedliche Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitiken zurückzuführen?

2. Deutschland weicht die Schuldenregeln auf, die Schweiz nicht

In der Schweiz stellt seit 2003 eine Schuldenbremse sicher, dass über den Konjunkturzyklus hinweg die Ausgaben des Bundes nicht höher als die Einnahmen sind (Brandt et al. 2025). Auf kantonaler und kommunaler Ebene bestehen ebenfalls Regeln zur Begrenzung von Defiziten und Verschuldung. Diese sind jedoch föderal unterschiedlich ausgestaltet. Die meisten Kantone verfügen über eigene Schuldenbremsen oder Haushaltsausgleichsregeln, während für die Gemeinden kantonale Finanzhaushaltsgesetze und Aufsichtsvorgaben maßgeblich sind.

In Deutschland haben die Maastricht-Regeln der EU seit Beginn der 1990er Jahre das Staatsdefizit (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen) bei maximal drei Prozent und den Schuldenstand bei max. 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beschränkt. Zusätzlich gab seit 2016 die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ein maximales Defizit für den Bund in Höhe von konjunkturbereinigt 0,35 Prozent

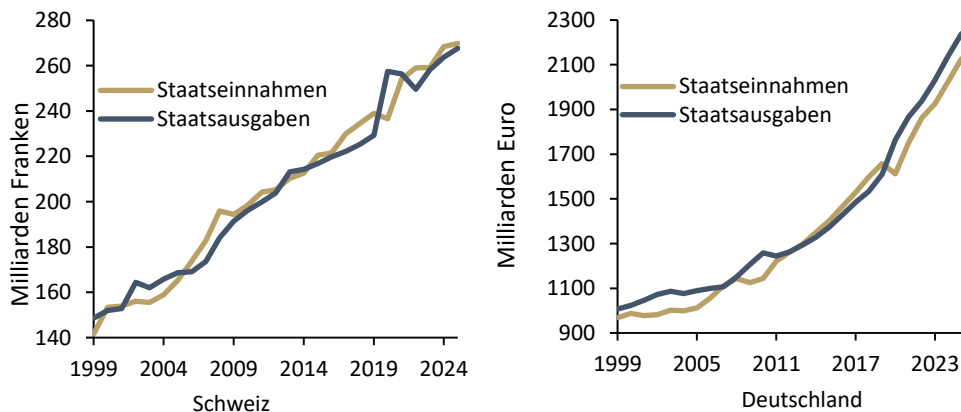


des Bruttoinlandsprodukts vor. Die Länder und Kommunen mussten den Haushalt ausgeglichen halten.

Doch die Schuldenregeln der EU wurden von vielen EU-Ländern einschließlich Deutschland nicht immer eingehalten. Seit der Coronakrise sind sie weitgehend ausgesetzt. Im Februar 2025 wurde die deutsche Schuldenbremse für mehr Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung aufgeweicht. Teile des neu gewonnenen Ausgabenvolumens wurden inzwischen für Sozialausgaben umgewidmet (Henze 2025).

Seit dem Ausbruch der globalen Schuldenkrise im Jahr 2007 sind – beflügelt von der global lockeren Geldpolitik – in der Schweiz die Staatseinnahmen und -ausgaben um rund 50 Prozent gewachsen, in Deutschland um 100 Prozent (Abb. 2). Seit Ausbruch der Coronakrise sind in Deutschland die Einnahmen deutlich hinter Ausgaben zurückgeblieben, während in der Schweiz das Budget des gesamten Staatssektors (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialkassen) weitgehend ausgeglichen geblieben ist. Die Staatsverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2025 in Deutschland bei 63 Prozent (Abb. 3), wobei mit der Aufweichung der Schuldenbremse ein Anstieg auf rund 100 Prozent bis 2035 erwartet wird. In der Schweiz lag die Schuldenquote zuletzt bei 36 Prozent, wobei im Gegensatz zu Deutschland ein weiteres Absinken zu erwarten ist.

Abb. 2: Staatseinnahmen und Staatsausgaben



Quelle: LSEG, IWF.

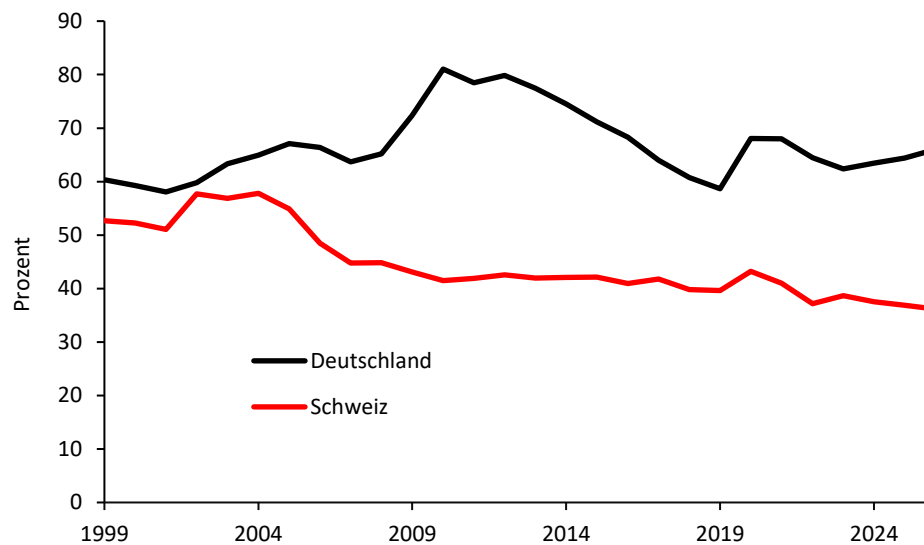
Die Staatsausgaben ohne Sozialkassen verteilen sich in Deutschland zu 40 Prozent auf den Bund, zu 37 Prozent auf die Länder und zu 23 Prozent auf die Gemeinden. In der Schweiz entfallen von den Staatsausgaben ohne Sozialkassen 34 Prozent auf den Bund, 43 Prozent auf die Kantone und 23 Prozent auf die Gemeinden, was eine stärkere Dezentralisierung in der Schweiz erkennen lässt.

Aufgrund von direkter Demokratie, Fiskalregeln, Referenden über Steuererhöhungen und Volksabstimmungen zu Fondsfinanzierungen hat in der Schweiz das Argument ein größeres Gewicht, dass jede Mehrausgabe eine klare Finanzierung



braucht. In Deutschland haben hingegen von der EU ausgehende Regulierungen im Sozial- und Umweltbereich sowie Bundesgesetze wie das Bundesteilhabegesetz (2015) die Finanzierungslasten für die Gemeinden stark erhöht, ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich zu schaffen.² Die deshalb seit 2017 stark steigenden Sozialausgaben und Defizite der Gemeinden haben zu der Forderung nach der Stärkung des Konnexitätsprinzips – „Wer bestellt, bezahlt.“ – geführt (Doll 2025).

Abb. 3: Staatsverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt



Quelle: OECD.

3. Unterschiedliche Einschränkungen bei der Geldpolitik

Die Unabhängigkeit der Schweizer Nationalbank (SNB) ist in Art. 99 der Verfassung der Schweiz verankert und wird im Nationalbankgesetz konkretisiert. Der Bundesrat darf der SNB keine Anweisungen zur Zinspolitik oder zu anderen geldpolitischen Entscheidungen geben. Auch das Parlament kann keine geldpolitischen Entscheidungen erzwingen. Zugleich ist die SNB u.a. gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig. Die Mitglieder des Direktoriums werden auf Vorschlag des Bankrats vom Bundesrat gewählt. Der Bundesrat bestimmt zusätzlich den Präsidenten des Direktoriums. Die SNB ist demnach demokratisch eingebettet, aber geldpolitisch nicht weisungsgebunden.

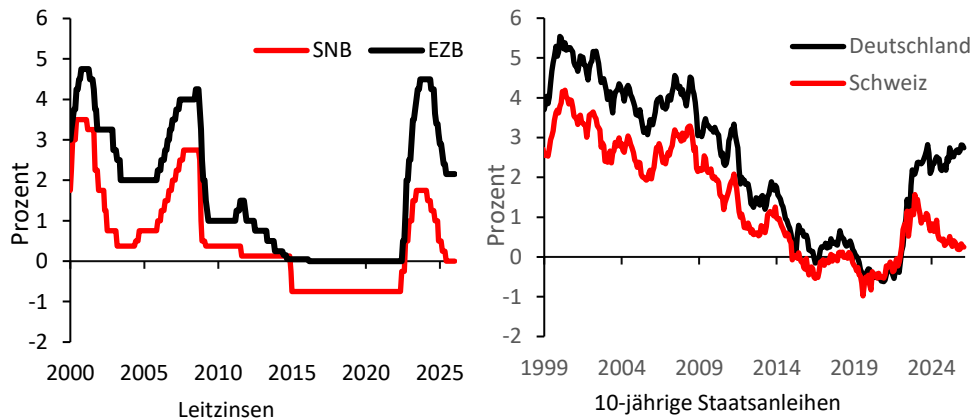
Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist in Artikel 130 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union festgesetzt. Weder die EZB noch eine nationale Zentralbank dürfen Weisungen von EU-Organen oder nationalen Regierungen empfangen. Die oder der EZB-Vorsitzende wird nach Anhörung des Europäischen Parlaments vom Europäischen Rat als Vertretung der Staats- und Regierungschef

² Die Finanzierungslücke für die Verpflichtungen der Gemeinden aus dem Bundesteilhabegesetz liegt bei rund 30 Milliarden Euro (DeStatis 2025).



mit qualifizierter Mehrheit ernannt. Die EZB-Präsidentin (derzeit Christine Lagarde) muss regelmäßig vor dem Parlament erscheinen (vierteljährliche Anhörungen) und gibt einen Jahresbericht. Das Parlament kann die EZB befragen, aber nicht die Geldpolitik ändern.

Abb. 4: Zinsen



Quelle: EZB, SNB, OECD.

Für beide Länder ist trotz der Unabhängigkeit der geldpolitische Entscheidungsspielraum eingeschränkt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Deutschland hat maximal zwei Stimmen im 27-köpfigen EZB-Rat, obwohl das wirtschaftliche Gewicht Deutschlands im Euroraum bei knapp 25 Prozent liegt. Die südlichen Euroländer, die de facto eine Mehrheit im EZB-Rat haben, haben traditionell eine stärkere Tendenz zu zentralbankfinanzierten Staatsausgaben und höheren Schuldenlasten (De Grauwe 2022). Die Heterogenität des Euros als Währungsraum schafft einen persistenten Druck für eine eher expansive Geldpolitik (Pfeifer und Schnabl 2026). Die Schweiz hat die Geldpolitik selbst in der Hand, aber als kleine offene Volkswirtschaft spielt der Wechselkurs eine wichtige Rolle für die geldpolitischen Entscheidungen, so dass die Leitzinsen der SNB von den Leitzinsen der EZB abhängig sind (Abb. 4 links). Das traditionell niedrigere Zinsniveau in der Schweiz (Abb. 4 rechts) spiegelt nach offener Zinsparität Aufwertungserwartungen gegenüber dem Euro wider (Schnabl 2015).

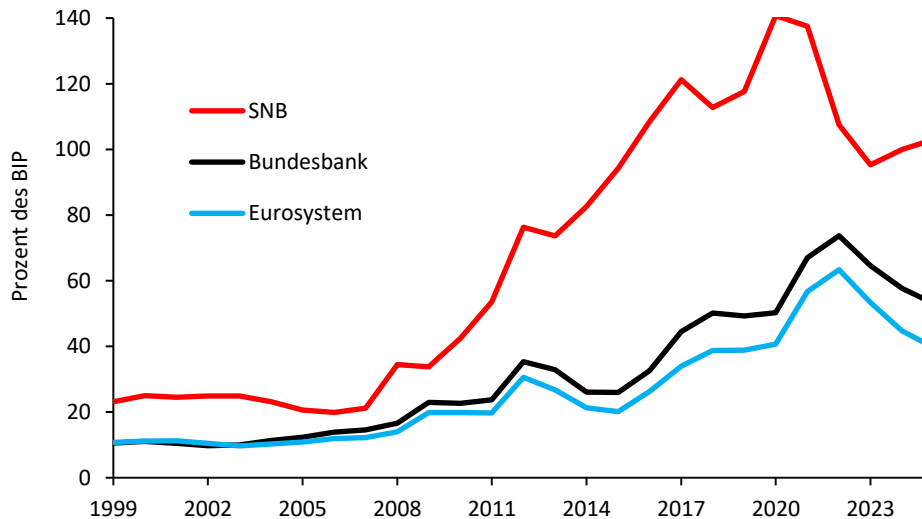
Sowohl die Bilanz des Eurosystems als auch die Bilanz der SNB sind seit der Jahrtausendwende stark gewachsen. In der Schweiz lösten in Folge der europäischen Finanz- und Schuldenkrise starke Kapitalzuflüsse umfangreiche Devisenankäufe der SNB aus, welche die Bilanz der SNB stark ausgeweitet haben (Abb. 5). Damit stehen den stark gewachsenen Anlagen ausländischer Anleger in der Schweiz deutlich höhere Anlagen der SNB im Ausland gegenüber.³ Das Eurosystem hat im Zuge der europäischen Finanz- und Schuldenkrise in großem Umfang öffentliche Anleihen der

³ Die SNB trägt einen Großteil der Aufwertungsrisiken der Auslandsanlagen der Schweiz, hat aber auch die Aufwertung der Währung selbst in der Hand.



Euroländer und supranationale Anleihen auf EU-Ebene angekauft, so dass auch die Bilanz des Eurosystems stark gewachsen ist (Adrian et al. 2024).

Abb. 5: Volumen der Zentralbankbilanz als Anteil am BIP



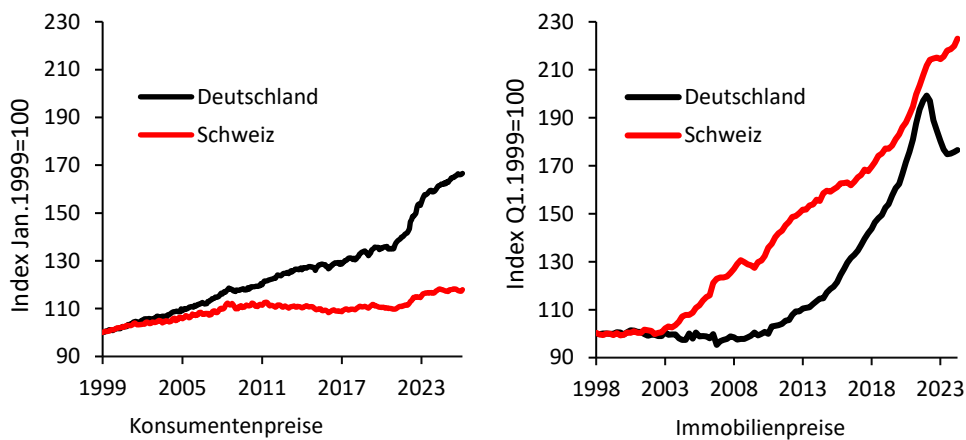
Quelle: SNB, Bundesbank, ECB, World Bank, Eurostat.

Die Deutsche Bundesbank hält entsprechend viele deutsche Staatsanleihen (ca. 900 Mrd. Euro). Die wichtigste Vermögensposition sind jedoch die [Forderungen aus dem Zahlungssystem TARGET2](#) gegenüber der EZB in Höhe von gut 1.000 Milliarden Euro. Die starke Ausweitung der Zentralbankbilanzen hat mit der Ausnahme der Jahre 2021 und 2022 weder in der Schweiz noch in Deutschland zu einem starken Anstieg der Konsumentenpreis-inflation geführt, wobei das Preisniveau in der Schweiz stabiler als in Deutschland geblieben ist (Abb. 6, links). Es war jedoch in beiden Ländern ein starker Anstieg der Vermögenspreise zu erkennen, wobei die Immobilienpreise in der Schweiz stärker als in Deutschland gestiegen sind (Abb. 6, rechts).

Das Risiko für die Schweizer Nationalbank liegt vor allem bei Wechselkursschwankungen, die den Wert der ausländischen Vermögenswerte gerechnet in Schweizer Franken verändern. Die SNB macht Verluste, wenn der Franken gegenüber Euro und Dollar aufwertet, weil dann der Wert des Auslandsvermögens gerechnet in Franken fällt (SNB 2025). Hinzu kommen Zins-, Aktienkurs- und Kreditrisiken. Beispielsweise verzeichnete die SNB im Jahr 2022 Verluste in Höhe von rund 132 Milliarden Franken, vor allem auf Fremdwährungspositionen. Eine Gewinnausschüttung an Bund und Kantone war deshalb nicht möglich. Mit der steigenden Staatsverschuldung in den USA und dem Euroraum werden die hohen Bestände an ausländischen Staatsanleihen risikoreicher.



Abb. 6: Entwicklung der Preisniveaus



Quelle: OECD und Oxford Economics.

Die Deutsche Bundesbank hat auf die deutschen Staatsanleihen und die TARGET2-Forderungen kein Währungsrisiko. Die Staatsverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist für Deutschland im EU-Vergleich noch gering und damit auch das Ausfallrisiko. Die TARGET2-Forderungen der Deutschen Bundesbank werden von einigen Beobachtern als Vermögensposition angesehen, die nicht zurückgefordert werden kann (Sinn 2012). Bei einem Auseinanderbrechen des Euroraums droht ein Totalverlust. Die aus den Anleihekäufen resultierenden hohen Einlagen der Geschäftsbanken haben in den letzten Jahren zu erheblichen Verlusten der Deutschen Bundesbank geführt, weil die EZB seit 2022 die Zinsen deutlich anheben musste. In den Jahren 2024 und 2025 wies die Deutsche Bundesbank Fehlbeträge von 19,8 Milliarden bzw. 9,8 Milliarden Euro aus, so dass es keine Gewinnüberweisungen an den Bund gab.

Die EZB hat über die Zeit hinweg ihre Kompetenzen hin zur Aufsicht über große Banken, die Klimapolitik und zuletzt perspektivisch zu einer digitalen Zentralbankwährung ausgeweitet. Die Schweizer Nationalbank hat keine aktive Rolle bei der Klimapolitik. Auch bei digitalem Zentralbankgeld verfolgt sie einen zurückhaltenden Ansatz. Für einen digitalen Franken für die breite Bevölkerung sieht sie derzeit keinen Bedarf, während sie digitales Zentralbankgeld für Finanzinstitute, sogenannte Wholesale-CBDC, testet. Ihre Rolle bei der Finanzmarktaufsicht beschränkt sich auf makroprudenzielle Aspekte.

4. Regulierungs- und Industriepolitik

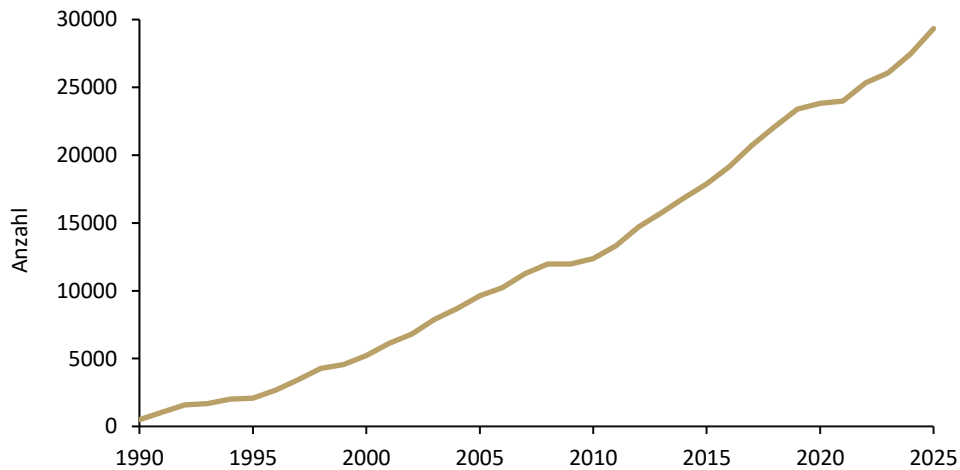
Deutschland hat zwar nach dem Prinzip „One in, one out“ seit 2015 eine Regulierungsbremse. Doch die EU hat seit der Finanzkrise (2008) und nochmals im Rahmen des Green Deals die Rechtsakte stark ausgeweitet. Deutschland nachgesagt, die EU-Verordnungen besonders strikt umzusetzen (Gold Plating). Die Taxonomie der EU sieht vor, dass alle Unternehmen nach Umwelt- und Klimakriterien klassifiziert und



zukünftig die Kreditvergabe nach diesen Klassifizierungen ausgerichtet wird (Kooths 2022). Das ist mit immensen Berichtspflichten für Unternehmen und Banken verbunden.

In der Schweiz wurden insbesondere seit dem Jahr 2015 die Finanzmarktregulierungen deutlich ausgeweitet (PWC 2026). Die EU-Taxonomie gilt für die Schweiz bislang nicht unmittelbar. Über Finanzmärkte, Lieferketten und europäische Kunden entfaltet sie jedoch bereits eine indirekte Wirkung. Zugleich sieht das ausgehandelte, aber noch nicht ratifizierte Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) in bestimmten Binnenmarkt Bereichen eine dynamische Übernahme von EU-Recht vor. Der regulatorische Abstand zur EU dürfte sich damit weiter verringern — mit Folgen für die regulatorische Eigenständigkeit und das Standortprofil der Schweiz (EDA 2026).

Abb. 7: Kumulierte Anzahl von EU-Rechtsakten

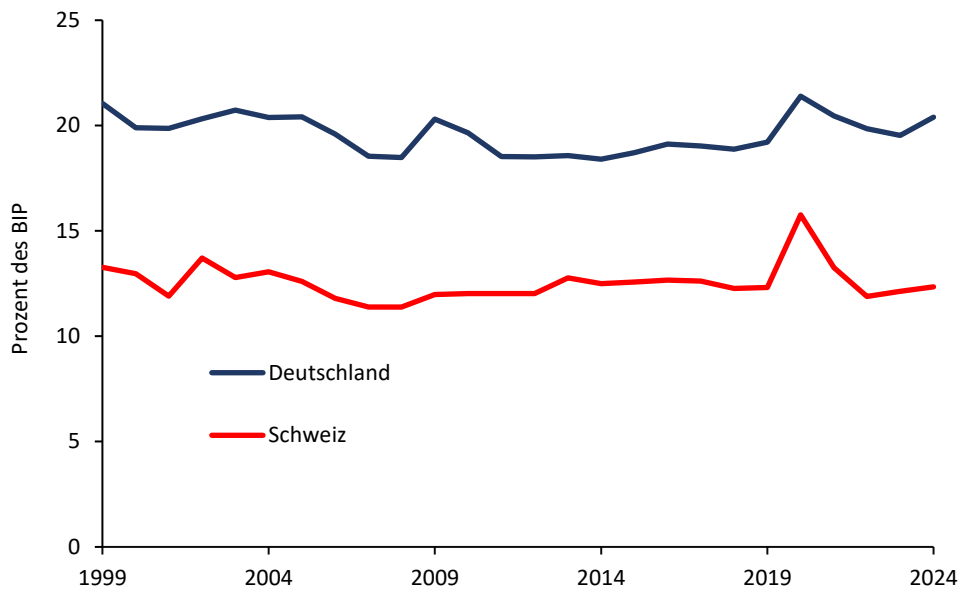


Quelle: EUR-Lex. Neue Rechtsakte abzüglich außer Kraft gesetzter Rechtsakte.

Für Deutschland sind nach Art. 107 AEUV staatliche Beihilfen für Unternehmen mit dem EU-Binnenmarkt zwar nicht vereinbar, doch die Europäische Kommission kann Beihilfen für Projekte genehmigen. Die De-minimis-Verordnung (2001), die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) (2008) und die Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen (KUEBLL 2022) haben weitreichende Ausnahmetatbestände geschaffen, so dass seit 2018 die Subventionen in Deutschland sehr stark angestiegen sind (Immenkötter 2026). Der Subventionsbericht der deutschen Bundesregierung weist für das Jahr 2025 ein Volumen in Höhe von 117,1 Mrd. Euro aus (Bundesministerium der Finanzen 2025). Der Kieler Subventionsbericht quantifiziert die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen insgesamt mit 285 Mrd. Euro für 2024, was etwa 6,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht (Laaser, Rosenschon, Schrader 2024). Nach Freiburger Subventionsbericht wird der Planwert der Subventionen 2026 321 Milliarden Euro erreichen (Feld et al. 2026).



Abb. 8: Anteil der Sozialausgaben nach Abgrenzung des IWF



Quelle: IWF. General government expenditure on social protection.

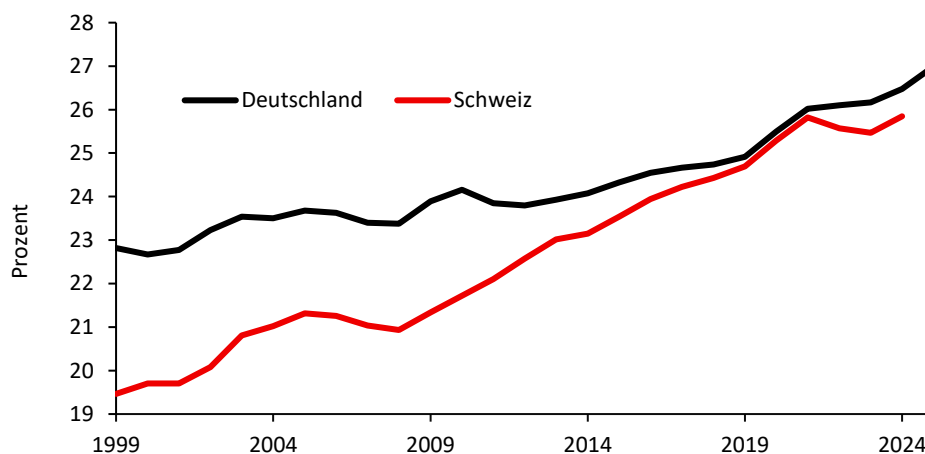
In der Schweiz sind Subventionen grundsätzlich zulässig, unterliegen aber dem Haushaltsrecht und der Schuldenbremse. Die Bundesverfassung (Art. 103 BV) erlaubt dem Bund, Strukturpolitik zu betreiben, wenn einzelne Wirtschaftszweige oder Regionen in ihrer Existenz bedroht sind, beispielsweise in der Landwirtschaft. Das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik beziffert die Subventionen auf rund 50 Milliarden Franken, was 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht (Mosler, Schaltegger und Schmitter 2024). Die Studie identifiziert unter anderem Subventionen für Bauern, Zirkusse, Parlamentarier, Hotels, die Filmindustrie, die Altersvorsorge, den öffentlichen Verkehr und Glücksspieler. Direkte Subventionen für die Industrie sind im Gegensatz zu Deutschland selten.

In Deutschland sind die Sozialausgaben stetig auf heute ca. 1.400 Milliarden Euro im Jahr 2025 angewachsen, was einer Sozialleistungsquote von über 30 Prozent entspricht. Ein großer Teil fällt auf die gesetzliche Rentenversicherung inklusive Zuschüsse für die gesetzliche Rentenversicherung in Höhe von rund 130 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt. Auch die gesetzliche Krankenversicherung ist auf Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt angewiesen. Zuletzt erhielten die 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger rund 50 Milliarden Euro, wobei davon rund 4 Millionen erwerbsfähig sind. In der Schweiz sind die Sozialausgaben auf rund 105 Milliarden Franken im Jahr 2024 angewachsen. Nach der engen Abgrenzung des IWF liegen die Sozialausgaben als Anteil vom Bruttoinlandsprodukt mit 20 Prozent in Deutschland deutlich über der Schweiz mit 12,5 Prozent (Abb. 8).



Ein Teil dieser Differenz erklärt sich durch die institutionelle Architektur des Schweizer Sozialstaats. Neben der staatlichen Alters- und Hinterlassenenversicherung spielen die berufliche Vorsorge, die Prämienverbilligungen im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung sowie kantonale und kommunal organisierte Leistungen eine bedeutende Rolle. Die Sozialhilfe ist subsidiär ausgestaltet und fällt im Vergleich zu den anderen Sozialversicherungen fiskalisch weniger ins Gewicht. Die dezentralere Struktur der sozialen Sicherung kann die Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes erhöhen. Weil Kantone und Gemeinden näher an den konkreten sozialen Problemlagen sind, lassen sich Unterstützungsleistungen stärker an lokalen Bedarfslagen ausrichten. Dies ändert jedoch nichts daran, dass auch in der Schweiz der demografische Druck zunimmt. Im Bundeshaushalt ist die soziale Wohlfahrt inzwischen der mit Abstand größte Ausgabenblock (Schaltegger und Mair, 2026).

Abb. 9: Erwerbstätige im öffentlichen Sektor als Anteil an allen Erwerbstätigen



Quelle: Eurostat. Öffentlicher Sektor = öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit.

Im Zuge der stark steigenden Staatseinnahmen ist sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz die Beschäftigung im öffentlichen Sektor (öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit) stark angestiegen. In Deutschland ging der Aufwuchs um 2,9 Millionen im öffentlichen Sektor seit 2007 mit einem weiteren Anstieg der Beschäftigung um 1,2 Millionen bei sonstigen Dienstleistungen einher. Letzterer kann mit der wachsenden Regulierung sowie dem Ausbau der Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Verbindung gebracht werden. Dieser Prozess ging mit einer wachsenden Dysfunktionalität öffentlicher Dienstleistungen insbesondere im Bildungssektor, der Deutschen Bahn und bei öffentlichen Bauprojekten einher, die durch immense Bauverzögerungen und Kostenexplosionen aufgefallen sind (Duarte et al. 2025).

In der Schweiz ist die Anzahl der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor sogar stärker angestiegen als in Deutschland – um rund 470 Tausend seit 2007 – und hat sich als Anteil an allen Erwerbstätigen dem Niveau von Deutschland angenähert (Abb.



9). Das ist insbesondere auf den Ausbau der Beschäftigung im Bildungsbereich und in der Gesundheitsversorgung zurückzuführen. Eine Verschlechterung der Qualität der öffentlichen Güter wird in der Schweiz nicht diskutiert. Die Schweizer Bahn überzeugt weiterhin durch Pünktlichkeit und öffentliche Bauprojekte laufen nicht aus dem Ruder. Eine mögliche Erklärung liegt in den institutionellen Rahmenbedingungen, die Planungs- und Bewilligungsverfahren vergleichsweise berechenbar halten. Dazu könnte auch die zurückhaltendere Ausgestaltung umweltrechtlicher Vorgaben zählen.

5. Ausblick

Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 2025 in der Schweiz bei ca. 30 Prozent, in Deutschland hingegen bei rund 50 Prozent, was ein robuster Indikator für mehr wirtschaftliche Freiheit in der Schweiz ist. Obwohl auch in der Schweiz die Staatsausgaben seit 2007 stark gewachsen sind, ist der Anstieg geringer ausgefallen. Auch die Regulierung scheint in der Schweiz weniger stark als in Deutschland ausgeprägt, wobei die Regulierungen in Deutschland ausgehend von der EU – in der Entstehungsphase oft unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit – stark wachsen konnten. Die direkte Demokratie der Schweiz, in der die Bürgerinnen und Bürger Gesetze durch Volksbegehren in Frage stellen können, scheint einen stärkeren Kontrollmechanismus gegen von politischen Interessen und Lobbyismus geleitete Entscheidungen mit sich zu bringen (Immenkötter, Schaltegger und Schnabl 2025).

Abb. 10: Wechselkurs Schweizer Franken pro Euro

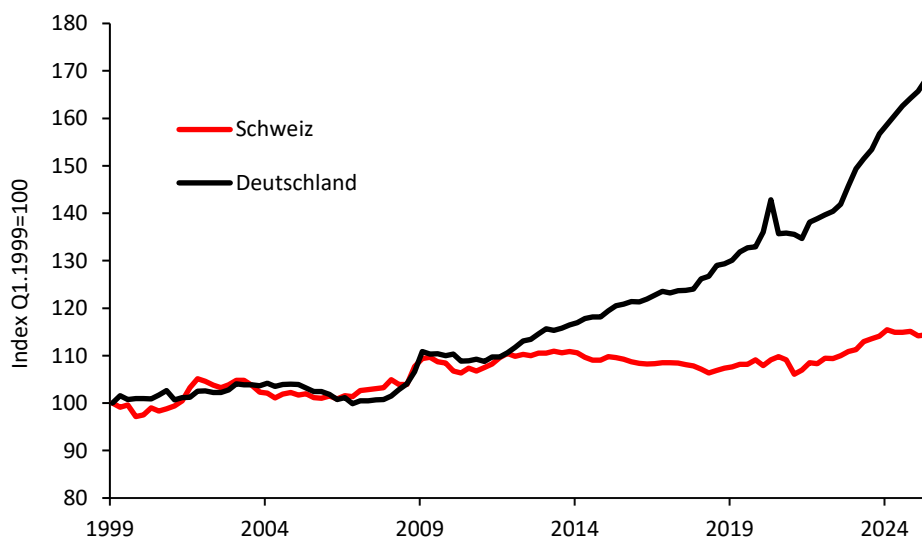


Quelle: LSEG.



Einen wichtigen Unterschied gibt es bei der Währungspolitik. Die Einführung des Euros hat de facto eine Abkehr von der stabilitätsorientierten Geldpolitik der Deutschen Bundesbank gebracht (Pfeifer und Schnabl 2026), so dass der Euro seit der europäischen Finanz- und Schuldenkrise gegenüber dem Schweizer Franken immer weiter abgewertet hat (Abb. 10). Vor der Euroeinführung waren die harte Deutsche Mark und der harte Schweizer Franken durch ihre stetige Aufwertung gegenüber dem Dollar und anderen europäischen Währungen „Produktivitätspeitschen“. Die Wechselkursentwicklung hat die deutschen und Schweizer Unternehmen stetig gezwungen, immer wieder ihre Effizienz zu erhöhen und weniger preissensible Produkte mit hoher Qualität auf den Markt zu bringen. Diese Produktivitätspeitsche gilt nicht mehr für Deutschlands Exportunternehmen (Schnabl 2024), für die Schweizer Wirtschaft hat sie weiter Bestand. Damit trägt die Schweizer Nationalbank mit ihrer Währungspolitik maßgeblich zur weiterhin hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft bei.

Abb. 11: Lohnstückkosten



Quelle: OECD.

Das spiegelt sich in der Entwicklung der Lohnstückkosten wider. Während diese seit dem Jahr 2008 für die Schweiz weitgehend konstant geblieben bzw. ab 2020 nur leicht angestiegen sind, ist für Deutschland ab 2008 ein deutlicher Anstieg zu erkennen, der sich ab 2020 nochmals deutlich beschleunigt hat. Die relative Entwicklung der Lohnstückkosten (Abb. 11) kann erklären, warum sich die Industrie der Schweiz trotz Aufwertung des Franken deutlich besser als die deutsche Industrie geschlagen hat (Abb. 1). Der deutliche Anstieg der Staatsausgaben, begleitet von einem starken Anstieg der Beschäftigung im öffentlichen Sektor seit 2008, scheint der Robustheit der Industrieproduktion in der Schweiz nicht geschadet zu haben.



Der Anstieg der öffentlichen Beschäftigung in Deutschland seit 2008 ist hingegen von einer Abnahme der Industrieproduktion begleitet worden. Der starke Anstieg der Beschäftigung im öffentlichen Sektor seit 2008 ist damit in der Schweiz durch ein Wachstum der Industrieproduktion flankiert worden, während das in Deutschland nicht der Fall ist. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird stark von Reformen abhängen, die aufgrund der komplexen Entscheidungsmechanismen in der EU politisch schwierig umzusetzen sind.

Literatur

Adrian, Tobias / Erceg, Christopher / Kolasa, Marcin / Lindé, Jesper / Zabczyk, Pawel (2024): *Macroeconomic and Fiscal Consequences of Quantitative Easing*. IMF Working Paper 2025/158.

Brandt, Przemyslaw / Mair, Lukas / Mosler, Martin / Schaltegger, Christoph A. 2025: Die Schweizer Schuldenbremse: empirische Effekte auf Schuldenquote und Ausgabekategorien. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 26, 2, 113-163.

Bundesministerium der Finanzen 2025: 30. *Subventionsbericht des Bundes 2023-2026*, Berlin, 10.9.2025.

De Grauwe, Paul 2022: *Economics of Monetary Union* von Paul De Grauwe. 14. Auflage, Oxford University Press, Oxford.

DeStatis 2025: Ausgaben und Einnahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX. Berlin.

Doll, Nikolaus 2025: Die kaum bekannten Kostentreiber des ausufernden Sozialstaats. *Die Welt Online*, 26.10.25.

Duarte, Pablo / Gehringer, Agnieszka / Mayer, Thomas / Schnabl, Gunther 2025: Der Standort Deutschland fällt zurück - eine Ursachenanalyse und wirtschaftspolitische Empfehlungen. *Flossbach von Storch Research Institute* 11.9.2025.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA 2026: Inhalt des Pakets Schweiz–EU (Bilaterale III). Bern.

Feld, Lars / Freytag, Andreas / Laaser, Claus-Friedrich / Langer, Maximilian / Rosenschon, Astrid / Thomas, Maximilian 2026: *Freiburger Subventionsbericht 2026*. München.

Henze, Tobias 2025: Sondervermögen, Infrastruktur und Klimaneutralität: ein Verschiebebahnhof mit vielen Gleisen. *IW-Kurzbericht* 92/2025.



- Immenkötter, Philipp 2026: Milliarden mit Nebenwirkungen: Deutschlands neue Subventionspolitik. *Flossbach von Storch Research Institute* 19.5.2026.
- Immenkötter, Philipp / Schaltegger, Christoph / Schnabl, Gunther 2025: [Reiche Schweiz – armes Deutschland?](#) Youtube-Interview, *Flossbach von Storch Research Institute*, 10.7.2025.
- Laaser, Claus-Friedrich / Rosenschon, Astrid / Schrader, Klaus 2024: Kieler Subventionsbericht 2024: Hohe Subventionen trotz Haushaltsengpässen. *Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 48.
- Kooths, Stefan 2022: EU Taxonomy, Mission Impossible. *The Economists' Voice* 19, 2, 243-249.
- Mosler, Martin / Schaltegger, Christoph / Schmitter, Simon 2024: Klarheit schaffen: Der IWP-Subventionsreport 2024. *Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik Studien*.
- Pfeifer, Moritz / Schnabl, Gunther 2026: Der Euro als optimaler Währungsraum? Eine Bestandsaufnahme. *Flossbach von Storch Research Institute*, 9.1.2026.
- PWC 2026: Regulatorische Entwicklungen in den Branchensektoren Banken, Asset Management und Versicherungen. *Aufsichtsrechtliche Projekte* 03/26.
- Schaltegger, Christoph A. / Mair, Lukas 2026: Swiss Fiscal Policy after the End of the Fiscal Comfort Zone. *The Economists' Voice* 23, 2.
- Schnabl, Gunther 2015: Japans Lehren für das Schweizer Wechselkursdilemma. *Wirtschaftsdienst* 95, 3, 192-199.
- Schnabl, Gunther 2024: *Deutschlands fette Jahre sind vorbei. Wie es kam und wie wir ein neues Wirtschaftswunder schaffen können*. FinanzBuch Verlag, München.
- Schweizer Nationalbank SNB 2025: [Zwischenbericht der Schweizerischen Nationalbank per 30. Juni 2025](#), 31.7.2025
- Sinn, Hans-Werner 2012: *Die Target-Falle – Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, Carl Hanser Verlag, München.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch SE dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch SE selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch SE. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch SE nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch SE

© 2026 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch SE, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *geschäftsführende Direktoren* Dr. Bert Flossbach, Dr. Tobias Hirsch, Dr. Tobias Schafföner, Christian Schlosser, Dr. Till Schmidt, Marcus Stollenwerk; *Vorsitzender des Verwaltungsrats* Kurt von Storch; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 120 796 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autoren* Prof. Dr. Christoph Schaltegger & Prof. Dr. Gunther Schnabl; *Redaktionsschluss* 01. Juni 2026